

**Alles Aushandlungssache? – Menschliche Sicherheit in den Grauzonen der Normenttranslation**

30.09.2019, 11:00-12:30 Uhr, Raum A704

Organisiert von / organized by:

**Sabine Mannitz** (Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSKF, Frankfurt/Main)

**Nina Müller** (Deutsche Hochschule der Polizei, Münster)

Norm der menschlichen Sicherheit ist seit Mitte der 1990er zu einem bedeutenden Element in Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Friedensförderung geworden. Einschlägige Interventionen, ob als peacebuilding, transitional justice oder bei good governance-Reformen sollen (auch) zur Verbesserung menschlicher Sicherheit in den Zielländern beitragen. Damit rückten soziale, kulturelle und ökologische Lebensbedingungen in den Sicherheitsdiskurs, die sich der Übersetzung in messbare Indikatoren zumindest teilweise widersetzen: ob ein Staatsapparat so verfasst ist und funktioniert, dass die kollektiven Gewaltmittel das öffentliche Gut der Sicherheit produzieren, lässt sich anhand bestimmter Daten vergrößert als 'Sicherheitslage' eines Landes erfassen. Das erweiterte Paradigma der menschlichen Sicherheit wirft aber komplexere Fragen nach individuellen und gruppenspezifischen Entwicklungsmöglichkeiten, -hemmnissen und -risiken auf. Es fordert soziale Differenzierung und öffnet mit der Anerkennung der Kontextualität von Sicherheit zugleich einen Aushandlungsraum, in dem die normativen Anliegen der EZ auch so 'übersetzt' werden können, dass sie anderen Interessen, Werten oder Handlungsweisen Vorschub leisten als intendiert war. Trotz hoher Ansprüche an Lokalisierung und partnering zwischen 'Gebern' und 'Nehmern' finden sich oftmals nicht nur verschiedene Zielvorstellung davon, was menschliche Sicherheit ausmacht und wessen Verständnis maßgeblich sein sollte, sondern erfordert die Distanz zwischen normativem Diskurs und Alltag auch Aushandlungen über die Grenzen des Aushandelbaren. So stehen in vielen EZ-Zielländern die lebensweltlichen Erfahrungen, professionellen Normen und praktischen Anforderungen von Sicherheitsakteuren in starkem Widerspruch zueinander. Es sollen empirische oder konzeptionelle Beiträge dazu diskutiert werden, wie derartige Spannungen sich in den Grauzonen der Translation auf die Norm der menschlichen Sicherheit und die Praxen der Akteure auswirken.

Vortragende / Speakers:

**Nina Müller** (Deutsche Hochschule der Polizei, Münster)

**„Gute Polizeiarbeit“ und menschliche Sicherheit in Nigeria**

Der Beitrag beschäftigt sich mit der lokalen Wahrnehmung ausgewählter Maßnahmen innerhalb der Polizeireform im nigerianischen Alltag.

Die nigerianische Gesellschaft ist von tiefgreifenden Sicherheitsdefiziten geprägt, da u.a. das Misstrauen zwischen uniformierten Vertretern der Staatsmacht und ‚einfachen‘ Bürgerinnen und Bürgern groß ist. Auf Grundlage ethnografischer Forschungen wird diskutiert, ob und wie sich die von internationalen und nationalen Akteuren betriebenen Reformbemühungen für eine verbesserte Sicherheitsarchitektur und menschliche Sicherheit auf lokaler Ebene im Alltag manifestieren und welchen Aushandlungsprozessen sie dabei unterliegen.

**Inga Zimmermann** (Ruhr-Universität Bochum)

### **Human Security Standards in der kommunalen Flüchtlingsunterbringung**

Der Beitrag erörtert die Situation geflüchteter Menschen auf kommunaler Ebene seit dem Sommer 2015. Das Konzept der Menschlichen Sicherheit verhilft zu einer differenzierten Betrachtung der Aushandlungsprozesse für die Übertragung globaler Normen auf den lokalen Schutz geflüchteter Menschen.

Mit dem „Sommer der Migration 2015“ (Hess 2017) erlebten viele Kommunen in Deutschland eine Ausnahmesituation, in der es für Obdach für ankommende, geflüchtete Menschen zu sorgen galt. Der Auftrag des Belegungsmanagements führte zu einer kurzfristigen Aussetzung von bestehenden kommunalen Standards. Das Engagement von NROs und die Einbeziehung eines globalen Akteurs, UNICEF International, führte schließlich zu einer Aushandlung von Mindeststandards, die jedoch nicht als obligatorisch verhandelt wurden, sondern lediglich als fakultative Leitlinien gelten. Das Konzept der Menschlichen Sicherheit, mit dem erweiterten Blick auf die Lebenssituation geflüchteter Menschen, ermöglicht eine differenzierte Betrachtung der Aushandlungsprozesse für die Übertragung globaler Normen auf die lokale Ebene. Im Beitrag wird mit empirischen Befunden aus den Fallbeispielen zweier deutscher Kommunen dieses EZ-Instrument auf den lokalen Kontext übertragen und operationalisiert. Mit diesem Blick werden neue Erkenntnisse gewonnen, die eine Diskrepanz zwischen dem normativen Diskurs zu Schutzstandards für geflüchtete Menschen im Ausland bzw. global und den konkreten Praktiken auf lokaler Ebene aufzeigen.

**Kerstin Rosenow-Williams** (Ruhr-Universität Bochum) und

**Alina Bergedieck** (Ruhr-Universität Bochum)

### **Menschliche Sicherheitsstandards für begleitete Flüchtlingskinder in deutschen Kommunen**

Der Beitrag erörtert die Situation von begleiteten Flüchtlingskindern in kommunalen Unterbringungseinrichtungen seit dem Sommer 2015 in Deutschland. Das Human Security Konzept dient als Analysetool für die Betrachtung von verhandelten und umgesetzten Schutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene.

Mit ansteigenden Zahlen ankommender, geflüchteter Menschen im Sommer 2015 wurde neben diesem faktischen, auch ein gesellschaftlicher und politischer Druck auf das deutsche Flüchtlingsreaktionssystem (inkludiert den deutschen Gesetzgeber, föderale Verwaltungsorgane, privatwirtschaftliche nichtstaatliche Akteure und Wohlfahrtsorganisationen) ausgeübt. Der Vortrag erörtert Herausforderungen und Lösungen für die besondere Situation von begleiteten Flüchtlingskindern in kommunalen Unterbringungseinrichtungen entlang der sieben Dimensionen der menschlichen Sicherheit Wirtschaft, Umwelt, Ernährung, Gesundheit, Gemeinschaft, persönliche und politische Rechte. Der Fokus liegt auf der organisatorischen Aushandlung und Umsetzung von Schutzmaßnahmen auf kommunaler Ebene. Die Analyse der verbindlichen und unverbindlichen Normen erfolgt anhand empirischen Materials aus Dokumentenanalysen der kommunalen Verwaltung, der rechtlichen Entwicklung sowie qualitativer semi-strukturierter Interviews mit Vertreter\*innen der lokalen Akteure.

**Discussant: Jan Beek**

**Jan Beek** leitet das Forschungsprojekt „Polizei-Translationen – Mehrsprachigkeit und die Konstruktion kultureller Differenz im polizeilichen Alltag“ am Institut für Ethnologie und Afrikastudien der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Er forscht zu bürokratischer Arbeit, der Ethnologie des Betrugs, transnationalen Vermittlungsprozessen und kollaborativen Forschungsmethoden.